

Vorwort

Liebe Frauen und Männer der KAB,
liebe Freundinnen und Freunde,

der 33. Verbandstag der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Westdeutschlands am 3. Mai 2003 in Dortmund hat nicht nur den wichtigen Überleitungsbeschluss hin zur neuen KAB in Deutschland gefasst, sondern auch die Tradition fortgesetzt, sich in der öffentlichen Debatte eindeutig zu positionieren. Unter dem Motto
Bilden – Bewegen – Beteiligen
Bildung schafft Gerechtigkeit
wurde der den Delegierten vorliegende Leitantrag verabschiedet.

Bildungspolitik ist für die KAB ein unerlässlicher Baustein hin zu einer „Tätigkeitsgesellschaft“ der Zukunft, mit der wir uns ausführlich auf unserem Verbandstag in Bottrop 1999 beschäftigt haben. Wir setzen mit dem Beschluss von Dortmund das Bemühen fort, die gleichwertige und gleichberechtigte Anerkennung aller Formen der menschlichen Arbeit durchzusetzen. Bildung leistet hierzu einen zentralen Beitrag, wenn sie an den Kriterien von Gerechtigkeit und Solidarität ausgerichtet und als Bestandteil eines gesellschaftlichen Reformprojektes verstanden wird. Mit dem Beschluss von Dortmund mischen wir uns so gleichzeitig in die aktuelle öffentliche Debatte zur Bildungspolitik ein. Für die KAB ist es ein Skandal, dass die Bildungspolitik in Deutschland zur sozialen Spaltung beiträgt, statt Benachteiligungen abzubauen. Deshalb wendet sich die KAB in aller Entschiedenheit gegen eine Kommerzialisierung der Bildung und hält an dem Sozialstaatsgebot fest, wonach gleiche Lebenschancen für alle durch sozialen Ausgleich zu schaffen sind. Der öffentliche Bildungsauftrag darf nicht dem neoliberalen Dogma und den „Marktkräften“ geopfert werden! Als Bildungs- und Aktionsbewegung der Arbeitnehmerschaft und als Trägerin von Bildungsarbeit weiß die KAB darum, wie wichtig eine öffentliche Förderung der Bildungsarbeit gerade für die sozial Benachteiligten und Ausgegrenzten ist.

Im Beschluss von Dortmund heißt es: „Zeiten historischer Umbrüche – und das Ende der Industriegesellschaft markiert zweifelsohne einen solchen Umbruch – gaben immer auch den Anstoß zu grundlegenden Umwälzungen im Bildungswesen. Mit den alten Institutionen und Einrichtungen können auch heute die neuen Herausforderungen nicht gemeistert werden. Deshalb müssen wir in Deutschland eine Reformdebatte zum Bildungswesen führen, zu der die KAB einen Beitrag leisten will. ‚Bilden – Bewegen – Beteiligen‘ ist dabei das Motto der KAB. (...) Bildung steht im Dienste von Teilhabe und Teilnahme, von Mündigkeit und Freiheit.“ Mischen wir uns in diesem Sinne in die öffentliche Debatte ein, kommen wir unseren Vorstellungen von einer menschengerechten Arbeitsgesellschaft der Zukunft ein Stück näher!

Die Verbandsleitung der KAB Westdeutschlands



Hans Pappenheim
Verbandsvorsitzender



Clemens-August Holtermann
Verbandspräsident



Dr. Joachim Zimmermann
Verbandssekretär

Der Beschluss von Dortmund der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Westdeutschlands vom 33. ordentlichen Verbandstag am 3. Mai 2003

„Bilden – Bewegen – Beteiligen Bildung schafft Gerechtigkeit“

Präambel: Unser Bildungsverständnis

(1) Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Westdeutschlands ist Bildungs- und Aktionsbewegung. Auf ihrem Verbandstag 1999 in Bottrop hat die KAB angesichts der tiefgreifenden Umbrüche unserer Arbeitsgesellschaft ein neues Modell von Arbeiten und Leben entwickelt, das unter dem Stichwort „Tätigkeitsgesellschaft“ große Resonanz gefunden hat. „Als Bildungs- und Aktionsbewegung müssen wir in Gemeinschaft mit anderen das neue Leben und Arbeiten erlernen und umsetzen“ – so heißt es im Zukunftsbeschluss von Bottrop. Bildung ist ein unverzichtbares Element einer erneuerten Arbeitsgesellschaft, die die Gleichwertigkeit aller Formen der menschlichen Arbeit, mehr Muße, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erreichen will. Diese „Tätigkeitsgesellschaft“ der Zukunft braucht Bildung und Aktion.

KAB als Bildungs- und Aktionsbewegung

(2) Grundlagen des Bildungsverständnisses der KAB sind die Tradition der Arbeiterbildung, die befreiende Botschaft der Bibel, die Sozialverkündigung der Kirche und die eigene verbandliche Bildungspraxis. Bildung ist für die KAB Beitrag zum Aufbau einer solidarischen und gerechten Gesellschaft. Bildung geht von der Lebenswirklichkeit der Menschen aus, von „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art“ (GS Ziff. 1). Bildung setzt somit am Handeln der Menschen an. Dementsprechend ist Bildungspolitik für die KAB Bestandteil einer an Personalität, Subsidiarität, Solidarität und Nachhaltigkeit ausgerichteten Gesellschaftspolitik. Die konkrete Bildungspraxis steht in einem doppelten Bezug: Sie dient der individuellen Persönlichkeitsentwicklung und einer menschlichen Gesellschaft. Bildung ist in diesem Sinne parteilich und solidarisch zugleich. Wer sich bildet, handelt politisch.

Bildungsverständnis der KAB

(3) Bildung ist für die KAB Teil eines lebenslangen Lernprozesses. Deshalb muss sich die Bildungspraxis immer wieder den neuen Herausforderungen stellen, die mit dem strukturellen Wandel unserer Arbeitsgesellschaft verbunden sind und die die individuelle und soziale Lebenswirklichkeit der Menschen maßgeblich beeinflussen. Bildung ist so lebensnah und aktuell, setzt an den gesellschaftlichen Konflikten an und lässt sich dabei von den Erfahrungen und Kompetenzen der Menschen leiten, die es zu qualifizieren gilt. Ganzheitliche Bildung ist für die KAB so mehr als Wissensvermittlung. Der Bildungsprozess der KAB zielt durch Aktion und Bildung auf politisches Handeln ab. Jede Bildung ist für die KAB deshalb politisch.

Lebenslange und ganzheitliche Bildung

(4) Derzeit wird öffentlich über das Bildungsverständnis und das Bildungswesen diskutiert. Insbesondere folgende Entwicklungen in der schulischen und beruflichen Bildung sowie der Weiterbildung belegen für die KAB die Notwendigkeit einer umfassenden Bildungsreform.

Bildungsreform notwendig

Sehen: Ungerechtigkeiten erkennen

(5) Die „Pisa-Studie“ hat eindeutig gezeigt, dass die Organisation schulischer Bildung in Deutschland nicht Gerechtigkeit und Solidarität fördert, sondern die soziale Spaltung unserer Gesellschaft zementiert. Dieser Befund ist für die KAB nicht neu. Bereits 1965 hat die KAB auf ihrem Verbandstag in Dortmund auf die Ungerechtigkeiten in der schulischen Bildung aufmerksam gemacht. Auf dem Krefelder Verbandstag von 1991 hat die KAB die „gespaltene Gesellschaft“ beschrieben, die sich heute immer noch auch in der Schule zeigt: Soziale Ungleichheit wird institutionell ausgebaut, verfestigt und zertifiziert. Deutschland weist eine extreme Streuung der Leistungsskala in den Schulen auf. In keinem anderen untersuchten Land ist die Differenz zwischen den besten und den schlechtesten Schülerinnen und Schülern größer. Der soziale Status der Eltern (Einkommen, Beruf, Bildung, Ausstattung mit Kulturgütern) wirkt faktisch nach wie vor bereits in der Schule als „Selektionsmechanismus“: Kinder aus sozial schwachen Schichten erhalten deshalb schlechtere Arbeits- und Lebenschancen. Soziale Benachteiligungen werden durch die Schule nicht ausgeglichen, sondern verlängern sich ins „Berufsleben“.

Schule trägt zur sozialen Spaltung bei

(6) In die gleiche Richtung weisen Untersuchungen für die Hochschulen. Im Wettbewerb um die höhere Ausbildung liegen Kinder aus Elternhäusern vorn, die über eine hohe kulturelle, soziale und materielle Ausstattung verfügen. Kinder aus Arbeiterfamilien sind gegenüber Kindern aus Akademikerfamilien an den Hochschulen deutlich unterrepräsentiert. Der Einfluss der familiären Herkunft ist bei den Studienanfängern ungebrochen. Trotz der Ausweitung der Hochschulbildung bleiben tradierte soziale Auswahlmechanismen erhalten. Die in politischen Debatten vielbeschworene „Leistungsgerechtigkeit“ und „Chancengleichheit“ kann unter diesen Bedingungen nicht eingelöst werden, sondern privilegierte Positionen in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft werden bewahrt und ausgebaut. Chancengleichheit und verfestigte Machtpositionen prägen so das Gesicht unserer Gesellschaft.

Hochschule: „Soziale“ Auswahl bleibt erhalten

(7) Hinsichtlich der beruflichen Ausbildung besteht ebenfalls Reformbedarf. Für immer weniger Mädchen und Jungen bedeutet das duale Berufsbildungssystem einen Einstieg ins Berufsleben. Immer mehr Arbeitgeber ziehen sich aus dem verfassungsrechtlichen Auftrag der betrieblichen Ausbildung zurück, obwohl diese sich gerade im Handwerk und im Einzelhandel rechnet, da ein erheblicher Teil der Kosten durch den Auszubildenden selbst und die öffentliche Hand refinanziert wird. Selbst bei der drastisch gesunkenen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zeichnet sich so eine nur vorübergehende

Reformbedarf in der beruflichen Bildung

Entspannung auf dem Lehrstellenmarkt ab. Haupt- und Realschüler und immer noch die Frauen gehören zu den VerliererInnen der Entwicklungen am Lehrstellenmarkt. Familiäre, schulische und geschlechtliche Benachteiligungen verlängern sich in die berufliche Ausbildung hinein – wenn diese denn überhaupt aufgenommen werden kann. Die Gruppe der sozial benachteiligten Jugendlichen ist von der betrieblichen Ausbildung in den Unternehmen fast vollständig ausgegliedert und an die öffentliche Hand zur Förderung abgegeben. Die Quote der Jugendlichen ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist immer noch deutlich zu hoch. Wenn – wie prognostiziert – Bildung und Wissen zu noch entscheidenderen Standortfaktoren werden, wird durch diesen unhaltbaren Zustand die Zukunft von Jugendlichen und damit die Zukunft unserer Gesellschaft verspielt.

(8) Die Teilnahme an Angeboten der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung hängt stark davon ab, welche allgemeinen und beruflichen Bildungsabschlüsse in der Kinder- und Jugendphase und im jungen Erwachsenenalter gemacht worden sind. Durch Weiterbildungsangebote werden die gesellschaftlichen Gruppen nicht erreicht, die diese dringend benötigen, um Versäumnisse der schulischen und beruflichen Bildung auszugleichen. Insbesondere an beruflichen Weiterbildungen nehmen deutlich überproportional diejenigen teil, die über eine längere Erstausbildung verfügen und einen höheren beruflichen Status vorweisen können. Unter den derzeitigen organisatorischen Bedingungen fördert so die Weiterbildung die Spaltung der Gesellschaft und die Entwicklung zur „Zwei-Drittel-Gesellschaft“.

Weiterbildung mit vielen Defiziten

(9) Die Ausweitung des Bildungswesens hat bisher auch nicht für mehr Geschlechtergerechtigkeit gesorgt. Zwar haben allgemein die Mädchen im Schulsystem mit den Jungen gleichgezogen und diese z.T. sogar überholt, aber diese Feststellung trifft keineswegs für alle sozialen Schichten gleichermaßen zu. Auch hier gilt, dass vor allem Mädchen aus privilegierten Elternhäusern gleichziehen bzw. überholen konnten. Schon beim Wechsel aus dem allgemeinbildenden Schulsystem in die berufliche Ausbildung setzt aber die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und -differenzierung ein. Gleichzeitig ist das Spektrum der für Mädchen zugänglichen Berufe deutlich beschränkt. Trotz der Ausweitung des Bildungswesens besteht so die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern weiter fort.

Geschlechtergerechtigkeit steht noch aus

(10) Das neoliberale Dogma des „Spiels der freien Kräfte“ findet mehr und mehr seinen Niederschlag auch im „Bildungsmarkt“. Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft werden kommerzialisiert. Der Bildungssektor insgesamt wird nicht an Kriterien des Gemeinwohls ausgerichtet, sondern rein ökonomischen Maßstäben unterworfen. Zukünftig sollen „Bildungsdienstleistungen“ zudem verstärkt international gehandelt werden. Der besondere individuelle, gesellschaftliche und soziale Charakter des Gutes „Bildung“ und der öffentliche Bildungsauftrag gehen so verloren, denn im „Spiel der freien Kräfte“ behalten die Starken die Oberhand, während die Schwachen weiter

Kommerzialisierung der Bildung verletzt Sozialstaatsgebot

abgekoppelt werden. Die eingesetzten öffentlichen Mittel fließen denjenigen zu, die sowieso schon über bessere Chancen verfügen. Die notwendigen strukturellen Voraussetzungen für ein Mehr an Chancengerechtigkeit werden so nicht hergestellt und das „Sozialstaatsgebot“, gleiche Lebenschancen für alle durch sozialen Ausgleich zu schaffen, wird verletzt.

Urteilen: Gebot der Chancengerechtigkeit und –gleichheit einlösen

(11) Personalität, Subsidiarität, Solidarität und Nachhaltigkeit sind für die KAB die zentralen ordnungspolitischen Prinzipien des sozialen Zusammenlebens der Menschen. Der Mensch ist Individuum und soziales Wesen zugleich. Auf dieser Grundlage entwickelt die KAB die Maßstäbe ihres Urteilens. Für die KAB steht fest:

Die Prinzipien der KAB

(12) Bildung ist Bürgerrecht. Bildungspolitik als Bestandteil der Gesellschaftspolitik muss die notwendigen individuellen, sozialen und gesellschaftlichen Voraussetzungen in den Blick nehmen, damit dieses Recht ausgeübt werden kann. Das Gebot der Chancengerechtigkeit und –gleichheit wird erst dann eingelöst, wenn alle – auch in materielle Hinsicht – die Möglichkeit haben, Zugangsrechte wahrzunehmen und ihre persönliche Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Die KAB ist sich bewusst, dass soziale Benachteiligungen und Zugangsbarrieren nicht allein durch die Bildungspolitik beseitigt werden können, sondern dass es dazu einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung in allen Politikbereichen bedarf, insbesondere in der Familien-, Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Bildung ist Bürgerrecht und immer politisch

(13) Bildung ist ganzheitlich. Ein integrierter Bildungsbegriff muss deshalb die handelnden Menschen in ihren vielfältigen Lebens- und Praxisbezügen begreifen. Die soziale und religiöse Persönlichkeitsbildung darf dabei nicht ausgeblendet werden; dazu gehören auch Lernziele mit ausdrücklicher wert- und sinnorientierter Dimension. Bildung kann sich nicht darauf beschränken, Qualifikationen für das Erwerbsleben zu vermitteln, sondern hat vielmehr einen ganzheitlichen Ansatz zu verfolgen und Kompetenzen für alle Lebensbereiche auszubilden. Angesichts der dramatischen Umbrüche der Erwerbsarbeitsgesellschaft geht es dabei vorrangig um Zukunftsperspektiven für das Leben des Einzelnen und für die Gesellschaft, in denen alle Formen der menschlichen Arbeit und die Muße eine Rolle spielen.

Bildung muss den Menschen ganzheitlich begreifen

(14) Auf der Grundlage ihres Bildungsverständnisses (Präambel), ihrer Analyse (Sehen) und ihrer Maßstäbe (Urteilen) entwickelt die KAB Handlungsperspektiven für ihre eigene Bildungsarbeit und für die notwendige Umsetzung der Reform des Bildungswesens.

Handlungsperspektiven der KAB

Handeln / Handlungsorientierungen: Bildung reformieren

(15) Heute stehen wir vor der zentralen Frage, wie angesichts der Umbrüche der Arbeitsgesellschaft tragfähige Kompetenzen für die Zukunft entwickelt werden können. Folgende gleichwertige Kompetenzen sind für die KAB von besonderer Bedeutung:

- Gerechtigkeits- und Solidaritätskompetenz: Es gilt zu unterscheiden zwischen dem, was Gerechtigkeit fördert oder verhindert. In der Gerechtigkeitskompetenz enthalten ist eine Option für die Armen, die denen Gerechtigkeit verschaffen will, die von ihr ausgeschlossen werden. Die Solidaritätskompetenz wendet sich gegen das Recht des Stärkeren und will dazu befähigen, das Zusammenleben der Menschen solidarisch zu gestalten.
- Identitätskompetenz: Die sich rasant verändernden Lebens- und Arbeitsbezüge verlangen eine permanente Auseinandersetzung und vielfache Anpassung jedes Einzelnen. Orientierung zur Identitätsbildung geben Sinn- und Wertüberzeugungen, die die KAB in ihrem christlichen Menschenbild findet.
- Historische Kompetenz: Damit Menschen glücklich leben können, bedürfen sie der Erinnerungs- und Utopiefähigkeit gleichermaßen. Der Blick zurück stärkt das Vertrauen, dass Krisen und Umbrüche gemeistert werden können, der Blick nach vorne eröffnet Veränderungsmöglichkeiten und Hoffnungen. Ohne die Erinnerung an Vergangenes und eine Vision von der Zukunft kann keine soziale Bewegung existieren.
- Technologische Kompetenz: Da die technologische Entwicklung in einem entscheidenden Maße unser Leben und Arbeit auch zukünftig verändern wird, bleibt der Umgang mit den neuen Technologien, aber auch die Abschätzung der sozialen, politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen unerlässlich.
- Ökologische Kompetenz: Der pflegliche Umgang mit der Natur und den Dingen ist der Schlüssel für eine umfassende nachhaltige Entwicklung. Eine ökologische Kompetenz ist notwendig, um das Überleben der Menschheit auch in Zukunft zu sichern.

Die KAB setzt sich dafür ein, dass das Bildungshandeln in allen Bereichen diese Kompetenzen fördert. Die anstehende Bildungsreform in Deutschland und das eigene Handeln der KAB als Bildungs- und Aktionsbewegung müssen diese Kompetenzen wirksam werden lassen.

(16) In vielen Bereichen ist die KAB als Träger der beruflichen und politischen Bildung tätig und erfüllt damit eine subsidiäre Leistung, die im öffentlichen Interesse liegt. Die KAB verfügt über Kommunikationsnetze und Kooperationsstrukturen, die weit in gesellschaftliche Milieus hineinreichen. Besondere Anstrengungen unternehmen die Bildungsträger der KAB, um sozial Benachteiligte und „Bildungsungewohnte“

Umbrüche der Arbeitsgesellschaft verlangen zukunftsfähige Kompetenzen***Die KAB als Bildungsträger***

zu erreichen. Durch ihre Bildungsträger leistet die KAB einen wirksamen Beitrag dazu, Menschen aus unterschiedlichen sozialen Milieus zur Bildung zu motivieren und in gemeinsame Lernprozesse zu integrieren. In all diesen Bemühungen müssen wir auch in Zukunft fortfahren, denn nur so werden wir als KAB unserem optionalen Bildungsverständnis gerecht. Die Erfahrungen der KAB als Bildungsbewegung belegen, dass materielle Voraussetzungen eine entscheidende Rolle für die Bildungsarbeit spielen. Deshalb sind für die Bildungsträger der KAB die notwendigen verbandlichen Mittel bereit zu stellen, damit sie ihren Auftrag einlösen können. Der Mitgliedsbeitrag der KAB ist nicht zuletzt ein „Solidarbeitrag“ zur Finanzierung der Bildungsarbeit des Verbandes in all seinen Gliederungen. Die Bildungsträger der KAB selbst müssen dafür Rechnung tragen, dass die verbandlichen Mittel – neben der notwendigen Absicherung des personellen und sachlichen Angebots – besonders denen zu Gute kommen, die über geringe finanzielle Möglichkeiten verfügen.

(17) Die Bildungspraxis auf allen Ebenen des Verbandes steht vor neuen Herausforderungen. Vielerorts haben sich alte methodische Ansätze überlebt und traditionelle verbandliche Zielgruppen brechen weg. Unverkennbar ist auch, dass in vielen Bereichen sich die Organisation der Bildungsarbeit an überkommenen Strukturen orientiert, die z.B. kaum zu den neuen Zeit- und Mobilitätsmustern unserer Gesellschaft passen. An vielen Stellen fällt es uns schwer, neue Menschen für die Bildungsarbeit und damit für die KAB als Bildungs- und Aktionsbewegung zu begeistern. Deshalb müssen wir auch in der Bildungsarbeit Neues wagen und die vielen positiven Aufbrüche, die sich z.B. in den Kampagnen der KAB zeigen, fortsetzen. Dazu gehört, dass wir die aktive Beteiligung im Bildungsprozess weiter verstärken und ausbauen. So leisten wir durch unsere Bildungsarbeit einen Beitrag zu Mündigkeit und Freiheit, zur Teilhabe und Teilnahme und damit zur Stärkung der Demokratie. Kreative methodische Ansätze, die die aktive Beteiligung der Teilnehmenden sichern und individuelles und soziales Lernen ermöglichen, stellen neue Anforderungen an die ehren- und hauptamtlich in der Bildungsarbeit Tätigen. Ein besonderes Augenmerk muss die KAB deshalb weiterhin auf die Aus-, Fort- und Weiterbildung ihrer MultiplikatorInnen legen.

***Bildungspraxis der KAB
steht vor neuen
Herausforderungen***

(18) Zentrale Themen der Bildungsarbeit der KAB sind generative Themen und Inhalte¹. Generative Themen sind existenzielle Schlüsselthemen, die die Möglichkeiten und Grenzen des menschlichen Lebens

***Bildungsarbeit der KAB
muss generative Themen
aufgreifen***

¹ Der Begriff „generative Themen“ stammt von dem brasilianischen Pädagogen Paulo Freire (1921 - 1997), der insbesondere in der Bildungsarbeit mit ausgegrenzten und sozial benachteiligten Gruppen engagiert war. Generative Themen „ergeben“ sich aus den Ängsten, Zweifeln, Hoffnungen und Hoffnungslosigkeiten des alltäglichen menschlichen Lebens, aus der existentiellen und konkreten Situation, in der man lebt. Diese Themen bilden in einer „befreienden Pädagogik“ die Grundlage des Programminhalts des Bildungsvorgangs. Auf dieser Grundlage treten Menschen durch Bildungsarbeit in Kontakt zueinander, bringen ihre Themen zur Sprache, entdecken Unterschiede und Grenzen, analysieren die Wirklichkeit und entwickeln gemeinsam Kreativität und politische Aktion. „Einzelthemen“ werden so zu sozialen, zu generativen Themen, die ihren Niederschlag in der verbandlichen Arbeit finden.

und Arbeitens betreffen, die das Sinnvolle und Lebenswichtige in den Mittelpunkt stellen, die die Reflexion, aber auch das Potential für Aktionen beinhalten. Generative Themen und Inhalte beziehen sich auf das eigene Leben und den Zusammenhang der Generationen. Die zentralen generativen Themen sind für die KAB Arbeit, Soziales, Politik, Gesellschaft, Religion und Kirche. Die Bildungsarbeit der KAB muss einen wirksamen Beitrag dazu leisten, die generativen Themen in ihren vielen Facetten kritisch zur Sprache zu bringen, mit Leben zu erfüllen, den Zusammenhang zwischen persönlicher und sozialer Entwicklung bewusst zu machen und zur Übernahme von Verantwortung zu motivieren.

(19) Handlungsstrategien und Reformschritte der Bildungspolitik müssen die Ziele Chancengerechtigkeit und -gleichheit verfolgen. Diese Ziele müssen Thema der politischen Debatte werden. Insbesondere die Schulpolitik hat bei all ihren Maßnahmen die Folgen für die Vergrößerung oder die Verringerung der Chancengleichheit zu reflektieren. Die Ursachen von Ungleichheit im Schulwesen müssen detailliert untersucht und durch differenzierte Lösungsansätze beseitigt werden. Benachteiligte Gruppen bedürfen einer gezielten Förderung. Internationale Untersuchungen belegen, dass eine gezielte Förderung im Elementar- und Primarbereich unterschiedliche Bildungschancen zumindest angleichen kann und hier somit ein entscheidender Hebel für mehr Chancengerechtigkeit und -gleichheit liegt. Bildungsausgaben sind zugunsten dieser grundlegenden Bildungsphase umzuschichten. Zusätzliche Mittel müssen nicht nur für die Schulen, sondern für das Bildungswesen insgesamt erschlossen werden. Die KAB spricht sich dafür aus, im Rahmen weiterer Reformen der Steuerpolitik Gewinn- und Vermögenseinkommen stärker als bisher auch zur Finanzierung der öffentlichen Bildungsaufgaben heranzuziehen. Die Besteuerung „leistungsloser Einkommen“ ist dabei durch eine Vermögenssteuer, eine angepasste Erbschaftssteuer sowie eine Besteuerung auf Kapitalerträge und Spekulationsgewinne zu gewährleisten. Die Bildungsausgaben sind am Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit zu messen. Hinsichtlich einer zukünftigen Schulpolitik erinnert die KAB auch an ihre bereits 1965 erhobene Forderung nach der Ganztagschule, um Benachteiligungen durch familiäre Sozialisation und die Ungleichheit in den Startchancen auszugleichen.

(20) Die berufliche Ausbildung ist stärker als bisher an den Lebensverlauf und die Lebenssituation der Jugendlichen sowie deren geschlechtsspezifische Sozialisation anzupassen. Den bereits bei Ausbildungsbeginn vorhandenen unterschiedlichen Eingangsvoraussetzungen kann nur durch eine stärkere Differenzierung und Individualisierung der Ausbildungsgestaltung im Betrieb und in der Berufsschule Rechnung getragen werden. An die Lebenslage angepasste berufsausbildende und begleitende Maßnahmen sind vor allem für benachteiligte Mädchen und Jungen erforderlich. Allgemeine und berufliche Bildung sind zukünftig stärker miteinander mit dem Ziel zu koppeln, Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit und soziales

Bildungspolitik muss Ziel Chancengerechtigkeit und -gleichheit verfolgen

Berufliche Ausbildung reformieren und Schule und Betrieb stärker in Kontakt bringen

Verhalten, Kommunikation und Entscheidungsfähigkeit zu fördern. Die Berufsorientierung und die Hilfe zur Berufswahl müssen zu einem festen Bestandteil der Jugendbildung werden. Hierbei kommt der Berufsberatung eine unverzichtbare Bedeutung zu. Da Arbeitswelt und Schule bis heute weitgehend getrennte Welten sind, sind Schule und betriebliche Praxis stärker miteinander in Kontakt zu bringen, nicht zuletzt mit dem Ziel, die Verengung der Jugendlichen auf bestimmte Berufssparten und insbesondere die geschlechtsspezifische Engführung bei Berufswahl und –ausbildung zu überwinden. Dazu bedarf es auch gesetzlicher Grundlagen, da es nicht an Zufälligkeiten liegen darf, ob ein Betrieb oder eine Schule sich in dieser Frage engagieren. Weiterhin fordert die KAB eine Abgabe für die Betriebe, die keine Ausbildungsplätze bereit stellen.

(21) Die KAB wehrt sich gegen alle Versuche, die bildungspolitische Debatte anhand rein ökonomischer Kriterien zu führen. Ganzheitliche Bildung bedeutet auch lebenslanges Lernen. Auch wer nicht mehr im „Erwerbsleben“ steht, darf von Bildung nicht ausgeschlossen werden. Bildung eröffnet Menschen Kompetenzen, die im gesamten komplexer werdenden Lebensalltag von Bedeutung sind. So ist auch nach der Erwerbsarbeitsphase Bildung notwendig und als öffentlicher Auftrag zu begreifen. Die Bildung für ältere Menschen, die entweder vor dem Übergang von der Erwerbsarbeit in den Ruhestand stehen oder sich der Frage stellen müssen, welche sinnvolle Tätigkeiten im Alter möglich sind, muss ausgebaut werden. Denn das Leben endet nicht mit dem Ausstieg aus der Erwerbsarbeit. Durchbrochen werden muss zudem die Vernachlässigung der Familienbildung. Die Familie ist nicht nur Schnittstelle für Berufswahl und den Erwerb von Schlüsselqualifikationen, sondern eine sinn- und wertgebende Lebensgemeinschaft, die wesentliche Funktionen bei der Integration des einzelnen in die Gesellschaft leistet. Um diese Aufgaben angesichts der Umbrüche der Erwerbsarbeitsgesellschaft erfüllen zu können, ist Familienbildung dringender denn je notwendig.

Bilden – Bewegen – Beteiligen

(22) Die KAB ist sich der Tatsache bewusst, dass Bildung allein die gesplante Gesellschaft nicht überwinden kann, sondern das es dazu eines gesamtgesellschaftlichen Reformprojektes bedarf, das die KAB mit dem Begriff „Tätigkeitsgesellschaft“ verbindet. Ganzheitliche Bildung kann zu den notwendigen Reformen aber einen zentralen Beitrag leisten. Zeiten historischer Umbrüche – und das Ende der Industriegesellschaft markiert zweifelsohne einen solchen Umbruch – gaben immer auch den Anstoß zu grundlegenden Umwälzungen im Bildungswesen. Mit den alten Institutionen und Einrichtungen können auch heute die neuen Herausforderungen nicht gemeistert werden. Deshalb müssen wir in Deutschland eine Reformdebatte zum Bildungswesen führen, zu der die KAB einen Beitrag leisten will. „Bilden – Bewegen – Beteiligen“ ist dabei das Motto der KAB. Nur wo Menschen Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten schöpfen, wo sie struktu-

Lebenslanges Lernen ist gefordert und muss unterstützt werden

Bildung für die Tätigkeitsgesellschaft: Im Dienste von Mündigkeit und Freiheit, Teilhabe und Teilnahme

relle Zusammenhänge erkennen, die ihr Leben und Arbeiten befördern oder behindern, wo sie auf der Grundlage ihrer Wertüberzeugungen sich als politisch handelnde Subjekte begreifen, wo sie sich ihrer Vergangenheit vergewissern und Visionen für ein zukünftiges Leben entwickeln, kann ein auf Teilhabe und Teilnahme beruhendes, sozial gerechtes und demokratisches Gemeinwesen wachsen und gesichert werden. Bildung steht im Dienste von Teilhabe und Teilnahme, von Mündigkeit und Freiheit.